

Helmut Kohl (D, CDU)

Der Kaiser der Politik (Auszug: 1982-1988) gründete im Jahr nach seiner Abwahl eine eigene Beratungsfirma, Hauptkunde der Politik- und Strategieberatung PWS war die Medienunternehmen Leo Kirch (Phoenix, RTL), der 500.000 D-Mark pro Jahr für die Dienste des Allkünders zahlte. Für Kohl sorgte weiterhin, dass Kohl sich schon zu seiner Zeit als Bundeskanzler für die Bekanntheit Kirchs eingesetzt hatte.



Richard Schröder (D, SPD)

Die Tüte unter seine Erbesungs-urkunde war noch nicht trocken, als hatte Gerhard Schröder schon die Seiten gewechselt. Am 5. Dezember 2005 (Jahrestag von Schröders bis zum 22. November Kanzler) wurde bekannt, dass der Freund des russischen Präsidenten Putin (Foto) der Aufsichtsratsvorsitz der Merrill Lynch im (Dollarsatz) 25.000 Euro übernahm. Sie gehört mehrheitlich dem russischen Staatskonzern Gazprom.



Sigmund Gabriel (D, SPD)

Ministerpräsident, Bundesarmee- und Bundeswirtschaftsminister, Bundesaußenminister, Vizekanzler, SPD-Chef - der Lebenslauf von Sigmund Gabriel ist nicht nur beeindruckend, er ist auch Gold wert. Nach dem Ende seiner politischen Karriere hat Gabriel Aufsichtsratsmandate bei der Deutschen Bank und bei Siemens Energy angenommen. Außerdem besitzt er den Schachhof-Botzener Times (Foto) für 50.000 Euro im Monat.

Viele Spitzenpolitiker aus allen Parteien machen nach ihrer Politikkarriere in der Wirtschaft richtig Kasse - zum Teil mit Posten, die man moralisch hinterfragen darf und muss

# ABGANG OHNE ANSTAND?

Es war die Aufregung-Nachricht der Wochen Die Beratungsfirmen des früheren Wirtschafts- und Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (d, CDU) hat sich bei der Bundesregierung vor einem Jahr für die Interessen des namhaften und inzwischen insolventen Dax-Konzerns Wincard eingesetzt. Die Opposition ist, spricht von „schmerzhaften Lobbyismus“ (Grüne) und „einer politischen Affäre“ (Linke)

VON THOMAS BLOCH

Doch tatsächlich ist zu Guttenberg in guter Gesellschaft. Eine ganze Reihe von Spitzenpolitikern quer durch alle Parteien hat sich ihr politisches Netzwerk vergolden lassen, indem nach ihrer politischen Karriere einen gut bezahlten Job in der freien Wirtschaft an (siehe Kasten).

Praxisbeispiel: Abkanzler Gerhard Schröder (D, SPD), inzwischen Ober-Lobbyist für Russlands Präsidenten Wladimir Putin

und dessen Energiepolitik. Erst Anfang Juli wurde bekannt, dass Ex-Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmund Gabriel (D, SPD) Lobbyarbeit für den Großhändler Tönnies machte. Die meisten Menschen in Deutschland finden das unethisch. Laut einer Kantar-Umfrage für Bertelsmann ist es zu Prozent für unethisch. Spitzenpolitiker nach ihrer politischen Karriere Lobbyarbeit für Wirtschaftsunternehmen und Verbände machen, nur zu häufig es für moralisch verwerflich.

Handlungsgegenstand Wolfgang Kubicki (D, FDP) hat dagegen, sagt zu Bertelsmann, „Beratung Ausschüssen aus dem Amt heraus und müssen wir erwarten, dass auch Bundesminister ihren Lebensunterhalt wieder selbst verdienen und nicht dauerhaft öffentlich alimentiert werden.“ Ein Wechsel von der Politik in die Wirtschaft sei deshalb nicht nur vertretbar, sondern richtig.

Wie ist erlaubt? Seit 2002 gibt in Deutschland ein Kartellgesetz für die Kanzlerin, Minister und Staatssekretäre. Es sieht eine „Abkühlphase“ von einem Jahr nach dem Ausscheiden aus dem Amt vor. Wenn besondere Gefährdung für das öffentliche Interesse besteht, sogar 18 Monate. Annette Swoboda (L) von der Organisation Lobbycontrol, Bundes-Wirtschaftsministerin, hat im März 2019 im Bundestag eine Kartellgesetzänderung vorgeschlagen, die die Abkühlphase von einem Jahr auf zwei Jahre erhöhen würde. Eine Kartellgesetzänderung, die die Kartellregeln nicht nur auf die Kartellgesetzgebung, sondern auch auf ein partielles Berufsverbot, verfassungsmäßig unzulässig.

Werner Weidenfeld (L), Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München, sieht in den zu laschen Regeln allerdings gar nicht das Hauptproblem. „Insgesamt wir mit einem effektiven Lobbyregister.“

Hartmut Bäumler (L), Vorstandsvorsitzender von Transparency International Deutschland: „Das Spitzenpolitiker in die Wirtschaft wechseln, kann man ihnen grundsätzlich nicht verweigern. Die Frage ist nur: Wie viel Zeit lassen sie zwischen ihrem Mandat und ihrer Tätigkeit in der Wirtschaft verstechen und exponieren sie sich in Bereichen, die erkennbar mit ihren früheren Ämtern nicht zu tun haben?“

Ist es wörtlich verwerflich, wenn ehemalige Spitzenpolitiker die Interessen der Wirtschaft vertreten? Weidenfeld: „Man kann es nicht grundsätzlich ablehnen, das Spitzenpolitiker in die Wirtschaft wechseln mit ihren früheren Ämtern nicht zu tun haben?“

Keine der Organisationen, die Bundesregierung, lehrt Lobbyarbeit grundsätzlich ab, auch nicht, wenn sie von ehemaligen Spitzenpolitikern gemacht wird. Sie fordern aber eine klare Grenze.

Annette Swoboda von Lobbycontrol: „Ehemalige Spitzenpolitiker haben ein besonderes Vorwissen, das sie nur erwerben konnten, weil die Wähler ihren Vertrauen geschänkt haben, sie haben die Interessen anderer Spitzenpolitiker. Wissen über interne Vorgänge, einen direkteren Zugang zu wichtigen Informationen.“

„Jüngere wie eine Sache des persönlichen Amtes, diese Informationen nicht für privatwirtschaftliche Interessen zu verwenden.“

„Weil dieser Anstand aber nicht bei allen vorhanden ist, muss der Gesetzgeber hier klare Regeln formulieren.“

„Abkühlen ist als Versuch unethisch.“

Erneuerliche. So ist Transparency-Chef Bäumler der Meinung, dass ehemalige Spitzenpolitiker lei-

ne Lobbyarbeit in dem Bereich treiben sollten, für den sie früher zuständig waren. Sigmund Gabriel hat als Wirtschaftsminister mit Thomas zu tun gehabt. Dass er jetzt als Lobbyist zum Teil völlig gegenläufige Ansichten vertritt als als Minister, hat einen brennenden Beispielschmack. Gabriel verlor ein des Ansehen der Politik in der Gesellschaft. So etwas sollte unterbunden werden.“

Wie ist das in anderen Ländern geregelt? In vielen Ländern gibt es eine Einpage-Karriere als in Deutschland: in den USA sind es zwei, in Frankreich drei, in Kanada sogar fünf Jahre. In Großbritannien gibt es nur ein Gremium, das beim Übergang von der Politik in die Wirtschaft Ratschläge gibt.

Und auch die Praxis ist unethisch. Während es in den USA üblich ist, dass Präsidenten nach ihrer Amtszeit ihr Geld mit dem Schreiben von Büchern und dem Halten von Aktien verdienen, hat Großbritannien Ex-Präsident Tony Blair als Berater bei der Investment-Bank JP Morgan angeschlossen.

## Zoff um Lobby-Register

Die Große Koalition will ein Lobby-Register einführen. Grund: Aktuell wird keiner so genau, wer im politischen Bereich was macht, wer zu beeinflusst. Doch schon jetzt gibt es Ärgernisse. Transparency International Vorstand Hartmut Bäumler: „Die Idee der Debatte selbst ein Lobbyregister nur für den Bundestag ist. Das ist inakzeptabel. Die Blockpolitik ist in der Industrie. Da Lobbyregister muss erlassen, welche Gruppen bei der Gesetzgebung mitwirken dürfen.“



Richard Kirch (D, CDU) 27 Jahre vor Richard Kirch hessischer Ministerpräsident (1999-2011), ab 1994, Jahr Gründung, lang legitime als abgewandelter als Ämter nieder. Grund: Kirch zog es in die besser bezahlte Wirtschaft. Im Oktober 2010 erkrankte der Aufsichtsrat des Baukonzerns Biffinger Binger. Kirch zum Vorstandsvorsitzenden zu berufen. Den Posten sollte als 2 Mio. Euro im Jahr Kirch den Lohn lang sein.



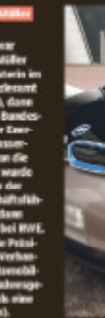
Karl-Theodor zu Guttenberg (D, CDU) Vier Jahre vor Karl-Theodor zu Guttenberg (D, CDU) 2009-2011 Karl-Theodor zu Guttenberg wegen der Plektikaffäre als Ämter nieder. Grund: Kirch zog es in die besser bezahlte Wirtschaft. Im Oktober 2010 erkrankte der Aufsichtsrat des Baukonzerns Biffinger Binger. Kirch zum Vorstandsvorsitzenden zu berufen. Den Posten sollte als 2 Mio. Euro im Jahr Kirch den Lohn lang sein.



Richard Schröder (D, SPD) Als Gesundheitsminister (2013-2018) führte der ehemalige Minister für öffentliche Gesundheitsversicherung ein. Einer der größten Anbieter dieser Versicherungen ist die Allianz, und genau Jahre wechselte er nach der Abwahl von Schwarz/Gelb. Erst als Gesundheitsminister der Bereiche in der Privatversicherungssparte, dann als Vorstand.



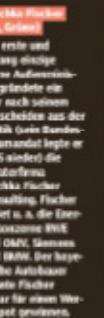
Wolfgang Kubicki (D, FDP) Drei Jahre war Wolfgang Kubicki Staatsministerin im Bundeskabinett (2005-2008), dann Mitglied der Bundestag der Energie- und Wasserwirtschaft auf die Tü. Müller wurde Vorstand der Hauptgeschäftsführung, 2014 dann wurde sie Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (Adi) (abgelöst durch mehr als eine Million Euro).



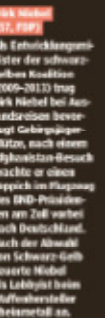
Annette Swoboda (L) Der erste und bislang einzige grüne Außenminister (2005-2013) hat im Jahr nach seinem Ausscheiden aus der Politik (siehe Bundesparlament) legte er 2006 wieder die Beratungsfirma.



Jenschke Fischer (D, Grünen) Jenschke Fischer (D, Grünen) hat sich im Jahr nach dem Ende ihrer Amtszeit in die Energiebranche (E.ON und DME) gewechselt. Der bayrische Automobilkonzern Komet Fischer sogar für einen Werbetag gewonnen.



Sigmund Gabriel (D, SPD) Als Entwicklungsmন্ত্রী der schwedischen Kreditbank (2005-2012) hat im Jahr nach dem Ausscheiden aus der Politik (siehe Bundesparlament) legte er 2006 wieder die Beratungsfirma.



Dietrich Mueser (D, FDP) Als Entwicklungsmন্ত্রী der schwedischen Kreditbank (2005-2012) hat im Jahr nach dem Ausscheiden aus der Politik (siehe Bundesparlament) legte er 2006 wieder die Beratungsfirma.



Rolf Petzold (D, CDU) Nur wenige Monate nach dem Ende der Amtszeit von Rolf Petzold als Chef des Bundeskonzerntes (2005-2011) wurde sein Wechsel zum Staatskonzern Deutsche Bahn bekannt. Seit 2015 ist Petzold im Vorstand, bekommt dort rund 500.000 Euro im Jahr. Der Wechsel des Merkel-Vorstandes zu Bahn gab den letzten Anstoß für das Kartellgesetz.